

RESOLUTIONSANTRAG

Des/der Abgeordneten Mag. Fasan, Ing. Rennhofer, Mag. Leichtfried, MMag. Dr. Petrovic, Sulzberger
gemäß § 60 LGO 2001

zum Verhandlungsgegenstand Ltg. – 28/V - 6,
Voranschlag 2009 des Landes Niederösterreich, Gruppe 5

betreffend **Totalreform des Ökostromgesetzes**

Begründung

Das Land Niederösterreich bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutzes. In der Sitzung des NÖ Landtags vom 4. Oktober 2007 wurde diesem Bekenntnis zusätzlich dadurch Ausdruck verliehen, dass der Klimaschutz mit der Formulierung „*dem Klimaschutz kommt besondere Bedeutung zu*“ in die NÖ Landesverfassung aufgenommen wurde. Nun gilt es diese Staatszielbestimmung mit Inhalten zu befüllen und entsprechende Maßnahmen zu setzen, die eine Erreichung der im Kioto Protokoll festgelegten Klimaschutzziele ermöglichen.

Ein wesentlicher Bestandteil einer effizienten Klimaschutzpolitik ist ein wirksames Ökostromgesetz nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbaren Energie Gesetzes. Seit geraumer Zeit wird auf Bundesebene eine Reform der völlig verunglückten Novelle des Ökostromgesetzes diskutiert. Erst vor wenigen Tagen wurde im Plenum des Nationalrates der neuerlich äußerst mangelhafte Entwurf an den Wirtschaftsausschuss zurückverwiesen.

Der Landtag von Niederösterreich hat sich in seiner Sitzung am 24. Jänner 2008 zum wiederholten Mal einstimmig für ein strenges und effizientes Ökostromgesetz ausgesprochen und hat dabei sehr konkrete Vorschläge für ein derartiges Gesetz gemacht. Diesen Forderungen wurde bisher leider nicht entsprochen. Mit der Rückverweisung in den Wirtschaftsausschuss des Nationalrates ergibt sich nunmehr aber die Chance, die von so vielen Seiten geforderten Maßnahmen im neuen Ökostromgesetz doch noch umzusetzen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- 1) Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung unverzüglich und mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass das österreichische Ökostromgesetz nach dem Vorbild des erfolgreichen "Erneuerbare-Energien-Gesetz" in Deutschland von Grund auf überarbeitet wird und folgende Ziele eindeutig festgelegt werden:
 - Festlegung der Rahmenbedingungen derart, dass das österreichische EU-Ziel und die Ziele des Regierungsprogramms auch tatsächlich erreicht werden können
 - Wiederherstellung der Planungs- und Investitionssicherheit für bestehende und künftige Anlagen;
 - Sofortmaßnahmen zur Absicherung des Anlagenbestandes;
 - durch Effizienzkriterien die Kosten der Ökostromförderung in vertretbarem Rahmen zu halten und Innovation und Technologieentwicklung zu unterstützen;
 - die Laufzeiten der Ökostromförderung zu vereinheitlichen und auf zumindest 15, besser noch 20 Jahre zu verlängern;
 - Reaktionsmöglichkeiten auf Erhöhungen und Reduktionen von Preisen am Rohstoffmarkt zu schaffen;
 - Schaffung eines Tarifes nach Ablauf der Tariflaufzeiten für rohstoffabhängige Anlagen;
 - Sicherung der Mitsprache der Länder;
 - Vereinheitlichung des Finanzierungssystems und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung;
 - die Lesbarkeit und Verständlichkeit zu erhöhen;
- 2) Weiters wird die Landesregierung in diesem Zusammenhang aufgefordert, sich bei der Bundesregierung auch für die Prüfung folgender Punkte einzusetzen:
 - die Notwendigkeit der Investitionsförderung beim Bau mittelgroßer Wasserkraftwerke;
 - die Notwendigkeit der Investitionsförderung von neuen Ökostromanlagen aus Abblauge die Herausnahme der KWK-Förderung aus dem Ökostromgesetz und die Schaffung eines eigenen Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes.“